



AUSGABE 145
April 2014

ANALYSEN & ARGUMENTE

PERSPEKTIVEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

Anforderungen an die Post-2015 Agenda: Für mehr politische Mitbestimmung, Gleichheit und Nachhaltigkeit

Sebastian Barnet Fuchs

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) laufen 2015 aus. Seit fünfzehn Jahren bilden sie die internationale Agenda für Verbesserung der Lebensverhältnisse. Manche der acht Ziele, wie die Halbierung der Einkommensarmut und die Verdoppelung des Zugangs zu Trinkwasser, sind bereits erreicht. Andere, wie die Bekämpfung des Hungers oder sichere Beschäftigung, noch lange nicht. Die alten Ziele waren hilfreich, aber zu technisch. Wichtige Themen, wie politische Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gute Regierungsführung, fehlen. Auch ökologisch verträgliches Wachstum und Ungleichheit kommen zu kurz. Die Ziele sind unvollständig und in ihrer Struktur den heutigen Herausforderungen in der globalen Entwicklung nicht mehr gewachsen und müssen deshalb im Interesse Deutschlands reformiert werden.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Stefan Friedrich
Teamleiter Politikdialog und Analyse
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 12
E-Mail: stefan.friedrich@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-039-5



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 1. AUSGANGSLAGE	
1.1. Stärken der MDGs	3
1.2. Schwächen der MDGs	3
4 2. BILANZ DER MDGs UND REFORMBEDARF FÜR DIE POST-2015 AGENDA	
2.1. Beseitigung der extremen Armut und des Hungers (Ziel 1)	4
2.2. Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung (Ziel 2)	4
2.3. Die ökologische Nachhaltigkeit sichern (Ziel 7)	5
5 3. VORSCHLÄGE UND EMPFEHLUNGEN	
6 4. FAZIT	

DER AUTOR

*Sebastian Barnet Fuchs,
Koordinator Entwicklungspolitik und Menschenrechte,
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung.*



1. AUSGANGSLAGE

Die Post-2015 Agenda stellt die Weichen, wie internationale Kooperation für die Überwindung von Armut und den Schutz von Klima und Umwelt für die nächsten 15 Jahre aussieht. Der detaillierteste Vorschlag für neue Ziele kam von dem von Ban Ki-moon einberufenen „High Level Panel“. Die bei Klimagipfel in Rio de Janeiro 2012 erstmals formulierten Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals*, SDGs) sollen ebenfalls Eingang in die Post-2015 Agenda finden. Zurzeit tagt eine Open Working Group mit Vertretern der Mitgliedsstaaten in regelmäßigen Abständen bei der UN, Mitte 2014 will sie konkrete Vorschläge vorlegen. Auf dieser Grundlage müssen sich die UN-Mitgliedsstaaten anschließend auf neue Ziele einigen. Dies wird ein zäher Verhandlungsprozess. Es droht eine Verwässerung der Ziele, weil kurzfristige macht- und wirtschaftspolitische Interessen einiger Staaten deren Bereitschaft zu mutigen Maßnahmen, gerade für mehr Mitbestimmung, stärkeren Klimaschutz und Bekämpfung der Ungleichheit, zunichte machen könnten. Deutschland sollte sich im eigenen Interesse deshalb, auch im Rahmen der Europäischen Union, verstärkt für diese Themen einsetzen. Das von der Bundesregierung im Februar 2014 verabschiedete Papier – „Post-2015 Agenda for Sustainable Development – Key Positions of the German Government“ – mit Schlüsselpositionen zum Post-2015 Prozess und konkreten Vorschlägen zu 13 Zielen greift diese Themen mit auf und bietet eine gute Grundlage, in den zwischenstaatlichen Verhandlungen ab Anfang 2015 glaubwürdig für diese Ziele einzutreten.¹

1.1. Stärken der MDGs

Die MDGs haben in zentralen Bereichen globale Benchmarks geschaffen. Die Millenniums-Erklärung, auf der sie hervorgingen, wurde im Jahre 2000 von 189 UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet. Nie gab es einen größeren globalen Konsens über Ziele und Wege zur Bekämpfung von Armut.

Darüber hinaus sind die Ziele einfach zu verstehen, gut zu kommunizieren und nachvollziehbar zu messen. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer haben auf Grundlage der MDGs eigene, nationale Entwicklungspläne aufgestellt. Das hilft, Druck auf Regierungen auszuüben, denn Rückschritte sind durch etablierte Review-Mechanismen leicht festzustellen und können eine breite Öffentlichkeit mobilisieren.

1.2. Schwächen der MDGs

Die MDGs wurden immer als Top-Down-Agenda und als „OECD-Produkt“, wahrgenommen, da Entwicklungsländer und die Zivilgesellschaft an ihrer Entstehung nicht angemessen

beteiligt waren. Dies diente für manche Regierung bisweilen auch als willkommener Vorwand, sich keiner „westlichen“ Agenda unterwerfen zu wollen und in den MDGs geforderte Entwicklungsanstrengungen in bestimmten Bereichen zu unterlassen.

Darüber hinaus galten die MDGs größtenteils für Entwicklungs- und Schwellenländer. Es ging mehr um Geldtransfer von Nord nach Süd als um die gemeinsame Bekämpfung globaler Probleme. Eine Post-2015-Agenda wird mit den G77 in dieser einseitigen Form nicht mehr auszuhandeln sein. Sie fordern ebenfalls Ziele für die OECD-Staaten mit konkreten, stärkeren Verpflichtungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, Produktions- und Konsummuster aber auch einem fairen Handelssystem. Das MDG acht „Globale Entwicklungspartnerschaft“ war sehr unspezifisch. Der Klimawandel, Finanz- und Nahrungsmittelkrisen, Zugang zu Wasser sowie grenzübergreifende Konflikte oder ansteckende Krankheiten verdeutlichen jedoch die Notwendigkeit des besseren Schutzes globaler Gemeinschaftsgüter. Nur wenn im neuen Katalog die gemeinsame Verantwortung aller Staaten sich spürbar in Verpflichtungen niederschlägt, hat dieser eine Chance auf politisches Gewicht. Dies kann nur mit globalen, universell gültigen Zielen gelingen, die für die Länder und deren Ausgangslage jeweils angepasst werden müssen.

Die größte Schwäche der MDGs: Sie sind zu technisch. Obwohl die Millenniumserklärung sich ausdrücklich zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Guter Regierungsführung und Pressefreiheit bekennt, wurde keiner dieser Ziele in die MDGs aufgenommen. Dies ist auf fehlende Bereitschaft einiger Staaten zurückzuführen, sich in diesen für sie politisch sensiblen Bereichen festzulegen. Wenn es aber keine globalen Ziele zu politischer Mitbestimmung und Rechtsstaatlichkeit gibt, ist die Chance für ein wichtiges Kontrollinstrument gegenüber den Regierungen und für die Stärkung der Eigenverantwortung der Bevölkerung verloren. Gelder (auch aus der Entwicklungszusammenarbeit) werden oft nicht in die Sektoren gesteckt, wo sie am nötigsten sind. Machtmissbrauch und Misswirtschaft begegnen alle Länder am effizientesten durch mehr Transparenz sowie Einfluss- und Wahlmöglichkeiten durch die Bevölkerung. Deshalb hängt die Glaubwürdigkeit einer neuen Agenda an den Zielen zu Guter Regierungsführung, Mitbestimmung und Rechtsstaat. Generell schneiden Autokratien bei Armutsbekämpfung, sozialstaatlichen Maßnahmen und Antidiskriminierung deutlich schlechter ab als Demokratien.² Doch vor allem politische Mitbestimmung und Freiheitsrechte dienen nicht nur als Mittel zum Zweck der besseren Funktion eines Staates. Sie sind für ein Leben in Würde und für die Verwirklichung der Kapazitäten des Einzelnen zwingend notwendig und absolut alternativlos.



2. BILANZ DER MDGS UND REFORMBEDARF FÜR DIE POST-2015 AGENDA

Schaut man auf die nackten Zahlen, so ist die Bilanz ein Jahr vor dem Auslaufen der MDGs gemischt. Für die Zukunft ist die Erfüllung und Weiterentwicklung vor allem von den folgenden drei Zielen entscheidend für den Erfolg einer neuen Agenda: Umfassende Armutsreduzierung, Bildung und Umwelt.

2.1. Beseitigung der extremen Armut und des Hungers (Ziel 1)

Der größte Erfolg der MDGs ist die Halbierung der Einkommensarmut: Der Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen, schrumpfte zwischen 1990 und 2010 von 47 auf 22 Prozent, ihre Zahl von zwei auf unter 1,4 Milliarden.³ Während das durch Kapitalismus und Freihandel begünstigte Wachstum für zwei Drittel der Armutsreduzierung innerhalb eines Landes verantwortlich ist, trägt eine geringere Ungleichheit das restliche Drittel bei: Ein Prozent mehr Einkommen reduziert in den ungleichsten Ländern nur 0,6 Prozent Armut. In den Staaten mit der geringsten Ungleichheit verringert es die Armut hingegen um 4,3 Prozent.⁴ Ob die absolute Armut bis 2030 abgeschafft werden kann, ist also vor allem eine Verteilungsfrage. Zwar hat Armut weltweit abgenommen doch die Ungleichheit hat zugenommen. Im Moment leben noch zwei Drittel der Menschen unter der Armutgrenze in Schwellenländern, die enorme wirtschaftliche Fortschritte gemacht haben. Vor allem ihr Umgang mit Ungleichheit wird ein wichtiger Faktor für die Schnelligkeit der kurz- und mittelfristigen globalen Armutsbekämpfung sein.⁵ Unabhängig davon gilt für fast alle Entwicklungs- und Schwellenländer: Egal, in welchem Bereich in den letzten fünfzehn Jahren Entwicklungsschritte erzielt wurden: Der ländliche Raum bleibt fast immer hinter den Städten zurück, die Mädchen und Frauen hinter den Jungen und Männern (mehr als zwei Drittel der weltweit extrem Armen sind Frauen und Mädchen) und ethnische Minderheiten hinter den Mehrheiten.

Am weitesten zurück liegen bei den MDGs die fragilen Staaten: Von etwa dreißig Ländern, die ihre Millenniumsziele bis 2015 voraussichtlich verfehlen werden, sind über zwanzig durch Staatszerfall charakterisiert. Hier sind die wenigsten Fortschritte bei der Erreichung der MDGs und insbesondere bei Ziel 1 zu verzeichnen, viele Menschen verdienen nicht annähernd 1,25 Dollar am Tag. Erschwerend kommt hinzu: Der Wert von 1,25 Dollar am Tag ist oft keine adäquate Grundlage zur Messung von Lebensqualität. Inflation frisst häufig das Mehreinkommen auf, mangelnder Zugang zu

Dienstleistungen und Diskriminierung wiegen ein paar Cent mehr nicht auf.

Auch bei der Bekämpfung des weltweiten Hungers gibt es nicht genügend Fortschritte. Zwischen 2006 und 2008 waren 850 Millionen Menschen unterernährt. Dies ist eine absolute Zunahme (1990 bis 1992 waren es 848 Millionen), auch wenn sich der Anteil von 19,8 Prozent auf 15,5 Prozent leicht gesenkt hat. Mehr Geld allein bekämpft den Hunger nicht, es braucht verbesserten Zugang und Fortschritte in der Produktivität und der ländlichen Entwicklung.

2.2. Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung (Ziel 2)

Zwiespältig ist das Thema Bildung zu betrachten. Zwar besuchen weltweit nun annähernd gleich viele Mädchen wie Jungen eine Grundschule und der Anteil der Kinder mit Primarschulbildung wurde stark erhöht. Doch Mädchen, ethnische Minderheiten, Personen mit Behinderung und Kinder in Konfliktzonen, in ländlichen Gebieten und städtischen Slums sind noch besonders stark von Bildung abgeschnitten. Grundsätzlich missachtet das MDG 2, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler nichts über die Qualität der Bildung aussagt. Häufig gibt es überfüllte Klassen, nicht genug Lehrer und Unterrichtsmaterial, auch sind die Gesundheit und die Ernährung der Kinder entscheidend für ihren Lernerfolg, nicht ihre bloße Präsenz in der Schule. In der Sekundarbildung, ebenfalls unberücksichtigt in den MDGs, sind die Abbrecherquoten hoch, vor allem Frauen scheiden oft wegen Hausarbeit oder ungewollten Schwangerschaften früher aus dem Schulbetrieb aus. Während weltweit die Grundschulbildung in den Jahren 1999 bis 2011 in den *low & middle income countries* von 80 auf 88 Prozent stieg, verbesserte sich die Sekundarschulquote im selben Zeitraum nur von 47 auf 59 Prozent.⁶ Dies ist zu wenig. Die Folge: Jugendliche sind nicht oder schlecht ausgebildet. Gute Privatschulen können sich in vielen Ländern nur wenige leisten, ein zwei-Klassen-System raubt den meisten Chancen auf einen guten Beruf.

Der Anteil der Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen ist zwischen 1991 und 2011 nur sehr langsam zurückgegangen, in absoluten Zahlen ist er seit 2000 sogar um 136 Millionen auf nun 1,52 Milliarden gestiegen. Grund ist das starke Bevölkerungswachstum in Ländern mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den meisten Ländern ein gravierendes Problem.⁷ In Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen 90 Prozent der Jugendlichen (zwischen 15 und 24 Jahren) leben, sind die sozialen Sicherungssysteme schwach, der



informelle Sektor boomt und die Gehälter sind für Jugendliche oft zu niedrig. Der Arbeitsmarkt kann die vielen Schul- und Studienabgänger nicht absorbieren. Oft haben werden technische Berufe von Ungelernten oder Analphabeten ausgeübt und haben einen schlechten Ruf. Umgekehrt finden viele Akademiker keine Jobs, weil die Ausbildung nicht den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt entspricht. Diese steigende Unsicherheit schürt soziale Konflikte und vermindert die Lebensqualität enorm. Notwendige Fachhochschulen und Berufsbildungsinstitute gibt es oft nur sehr wenige. Deshalb ist es wichtig, dass eine Post-2015 Agenda das Bildungsziel nicht nur auf die Grundschule beschränkt und außerdem Maßstäbe für Qualität aufstellt, statt die bloße Menge zu honorieren. Deutschland kann mit seinem einzigartigen dualen Ausbildungssystem eine Lücke schließen, die viele Menschen mit den auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich geforderten Fähigkeiten ausstatten würde.

2.3. Die ökologische Nachhaltigkeit sichern (Ziel 7)

Dieses Ziel ist notwendig, aber nicht hinreichend für Klima- und Umweltschutz. Die Halbierung des weltweiten Bevölkerungsanteils ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser wurde erreicht, allerdings hinkt auch hier der ländliche Raum den Städten deutlich hinterher. Während der globale Waldverlust verlangsamt werden konnte, ist die biologische Vielfalt weiter in Gefahr, die Überfischung stieg 2008 auf einen neuen Höchststand. Am weltweiten CO₂-Ausstoß, der seit 1990 fast immer kontinuierlich gestiegen ist, wird das grundsätzliche Dilemma von Entwicklung und Umwelt besonders deutlich. Was Menschen Wohlstand bringt, belastet die Natur. Damit dieser Gegensatz abgeschwächt wird und irreversible Schäden im Erdsystem vermieden werden können, müssen die Wirtschaftssysteme in Richtung mehr Energieeffizienz transformiert und erneuerbare Energien großflächig ausgebaut werden. Gerade diese Themen werden im Moment in der Open Working Group diskutiert. Wie auch immer die Verhandlungen verlaufen: Der Umwelt- und der Entwicklungsstrang müssen zusammengebracht werden. Während vor allem Entwicklungsländer noch argumentieren, Armutsreduzierung dürfe nicht zugunsten von Umwelt- und Klimaschutz vernachlässigt werden, pochen vor allem einige OECD-Staaten auf mehr Nachhaltigkeit – und nehmen hier auch den globalen Süden in die Pflicht.

3. VORSCHLÄGE UND EMPFEHLUNGEN

Der bisherige Prozess zur Ideenfindung einer Post-2015-Agenda ist sehr breit angelegt. Sowohl die UN als auch große bilaterale Entwicklungsorganisationen sowie zahlreiche NGOs entwarfen in Workshops und Papieren ihre Vision von künftigen Zielen.⁸ Das „High Level Panel“ hat einen 40-seitigen Report mit zwölf Zielen und 54 Unterzielen vorgelegt (*A new global Partnership: eradicate poverty and transform economies through sustainable development*). Diese Vorschläge sind eine sinnvolle Fortführung der MDGs und berücksichtigen gleichzeitig Aspekte, welche die MDGs nicht oder zu wenig thematisiert haben. Neu ist die Universalität der Agenda, das heißt, alle Länder tragen Verantwortung und müssen einen Beitrag leisten. Die Rede ist von Globaler Partnerschaft unter Gleichberechtigten statt einer bloßen Entwicklungsagenda. Dieser sprachliche Unterschied kann helfen, Entwicklungs- und Schwellenländer stärker in die Verantwortung für ihre Entwicklung zu nehmen und sich gleichzeitig von dem Gedanken zu verabschieden, dass *Official Development Assistance* immer noch in signifikanter Weise zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse führt. Entwicklungshilfe als Anteil im Haushalt von Entwicklungsländern wird seit Jahren eher kleiner. Ausländische Direktinvestitionen, Rücküberweisungen aus dem Ausland und Handel spielen gegenüber ODA eine immer größere Rolle. Neu in den Vorschlägen ist der erstmalige Bezug auf globale förderliche Rahmenbedingungen, wie die Stabilisierung der Finanzsysteme, Klimawandel sowie Frieden und Sicherheit. Ebenso wird Ungleichheit als Querschnittsthema mit einbezogen („leave no one behind“). Ziele sollen künftig nur dann als erreicht gelten, wenn auch benachteiligte Gruppen sie erreicht haben, nicht nur eine bloße Prozentzahl der Bevölkerung.

Die eigentlichen zwischenstaatliche Verhandlungen ab Anfang 2015 werden zeigen, wie stark einzelne Ziele, die sich um globale Gemeinschaftsgüter drehen oder Rechenschaft von Regierungen einfordern, den kurzfristigen nationalen Interessen zum Opfer fallen. Deutschland sollte sich für die Aufnahme folgender zentralen Zielvorschläge des High Level Panels besonders einsetzen, da es hier einen besonderen Beitrag leisten kann:

1. Ziel 3 („Provide Quality Education and Lifelong Learning“) gibt qualitative Standards für Primarschulbildung vor, fordert Zugang und messbare Lernerfolge bei Sekundarschulbildung und fordert mehr technische Ausbildung und Berufsausbildung. Diese Erweiterung des Ziels ist absolut notwendig, um mehr Menschen in gute Arbeit zu bringen.



Auch Ziel 8 („Create Jobs, Sustainable Livelihoods, and Equitable Growth“) und insbesondere Unterziel 8b („Decrease the number of young people not in education, employment or training“) ist eine entscheidende Weiterentwicklung gegenüber den MDGs. Die Lehren des „jobless growth“ in Entwicklungsländern haben den Fokus weg von „Wachstum um jeden Preis“, hin zu mehr und besseren Arbeitsplätzen, vor allem für Jugendliche, verschoben. Die Bundesregierung greift diese Themen in ihren Vorschlägen bei zwei Zielen auf: Ziel 2 – „Quality education and life-long learning for all“ sowie Ziel 9 – „Create decent jobs and improve the global enabling economic environment.“

→ **Deutschland hat mit seinem dualen Berufsausbildungssystem in der Qualifizierung von Arbeitskräften weltweit eine Vorreiterrolle. Dies ist ein Grund für die niedrigste Jugendarbeitslosenquote innerhalb der EU. Deshalb sollte die deutsche EZ die Instrumente der beruflichen Bildung weiter ausbauen und das duale Ausbildungssystem als Schwerpunktbereich in der Zusammenarbeit mit den Kooperationsländern noch stärker einsetzen.**⁹

2. Ziel 7 („Secure Sustainable Energy“) widmet sich den erneuerbaren Energien sowie Energie-Effizienz. Themen der Nachhaltigkeit ziehen sich durch den gesamten Katalog (Ziel 5 zu Ernährungssicherheit, Ziel 6 zu Wasser, Ziel 9 zu den natürlichen Ressourcen). In den Vorschlägen der Bundesregierung gibt es gleich zwei große strategische Bereiche zum Thema Nachhaltigkeit: „Preserve the natural resource base and ensure its sustainable use“ (Ziele 5-7), sowie „Achieve the creation of decent jobs and adequate income through ecologically sound growth“ (Ziele 8-10).

→ **Deutschland sollte technologische Lösungen anbieten, wo sie marktfähig sind und die langfristigen Vorteile der Energiewende offensiv in seiner Außenpolitik vertreten. Umfragen haben gezeigt, dass in Schwellenländern die Wahrnehmung der Energiewende durchaus positiv ist.¹⁰ Konkret sollte Deutschland in anderen Ländern dafür werben, sich an seinen eigenen ambitionierten Zielen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu orientieren. Die Bundesregierung sollte verstärkt den Austausch von Technologie und reziprokes Lernen fördern. Dies bedeutet einerseits Technologietransfer aber auch verstärktes Übernehmen von *best practices* anderer Schwellenländer. Für mehr Energieeffizienz könnte Deutschland konkret Konzepte bei Recycling anbieten, da die angestrebte Kreislaufwirtschaft in Deutschland einen hohen Effizienzgrad aufweist.**

Weitere Bereiche für notwendigen Wissenstransfer sind nachhaltige Landnutzungssysteme, *best practices* bei Biodiversität und Naturschutz, die effiziente Gebäudesanierung sowie die Effizienzsteigerung von Kohlekraftwerken in Schwellenländern. Hier herrscht in Deutschland ein vergleichsweise hoher Innovationsgrad, der sich global für den Schutz des Klimas anbieten lässt.

3. Bei Ziel 10 („Ensure Good Governance and Effective Institutions“) werden Zugang zu Ausweisen, Versammlungs- und Informationsfreiheit, Steigerung der politischen Mitbestimmung, Transparenz und Rechenschaftspflicht von Regierungshandeln und Kampf gegen Korruption gefordert. Dies ist ein ambitioniertes Ziel, welches auf Teile der Millenniumserklärung Bezug nimmt, die es nie in die MDGs geschafft haben. Die Bundesregierung setzt sich unter dem Ziel 12 – „Ensure good governance and effective institutions“ – ebenfalls für politische Mitbestimmung und gute, transparente Regierungsführung ein.

→ **Deutschland sollte sich bei den zwischenstaatlichen Verhandlungen auf dieser Grundlage mit Nachdruck für ein Ziel zu Mitbestimmung, Rechenschaftspflicht sowie Presse- und Versammlungsfreiheit einsetzen. Erstens sind dies nach unserem Werteverständnis grundlegende Rechte, welche jedem Menschen offenstehen sollten. Zweitens haben offene Gesellschaften langfristig bessere Aussichten auf Wohlstand. Ebenfalls gäbe es weniger Armutsflüchtlinge sowie weniger Nährboden für Kriminalität, ethnische Konflikte und Extremismus.**

4. FAZIT

Das High Level Panel hat gute Vorschläge gemacht, die viel von dem Reformbedarf seit den MDGs aufgreifen. Die Bundesregierung hat diese in ihrem Papier „Post-2015 Agenda for Sustainable Development – Key Positions of the German Government“ aufgegriffen und damit eine sehr gute Grundlage für die Weiterentwicklung der MDGs vorgelegt. Nun ist vor allem wichtig, dass sich Staaten im Sinne der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung auf konkrete Vorgaben einigen und bereit sind, langfristig zu denken. Wichtig ist außerdem, den Post-2015 Prozess kohärent mit anderen internationalen Verhandlungen zu bestreiten. WTO, G20, die Global Partnership for Effective Development Cooperation sowie die Klimaverhandlungen müssen mit dem Post-2015 Agenda Prozess zusammengebunden werden und aufeinander Bezug nehmen. Nur so verhindert die UN, einmal mehr Parallelstrukturen aufzubauen. Die großen Schwellenländer sowie Staaten, die dem Klimaschutz vergleichsweise wenig Bedeutung beimessen, werden wohl die



härtesten Verhandlungspartner bei der Durchsetzung einer ambitionierten Post-2015 Agenda sein. Vom politischen Willen der nationalen Regierungen wird abhängen, ob der kleinste gemeinsame Nenner in den UN-Verhandlungen reicht, um die größten gemeinsamen Probleme zu lösen.

In Deutschland haben in nahezu allen Bundesressorts globale Herausforderungen in der Politikgestaltung an Bedeutung gewonnen. Hier sind deshalb ein kohärentes Vorgehen und ein Zusammendenken von Entwicklungs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik als Teile der Außenpolitik unabdingbar. Die Bereiche, in denen Deutschland Erfolge, Erfahrung und Expertise anzubieten hat, sollte es im Zusammenspiel der Ressorts offensiv in die Verhandlungsprozesse mit einbringen. Deutschlands Stimme ist gefragt, vor allem bei der Umsetzung von mehr politischer Mitbestimmung durch demokratische Prozesse, mehr Gleichheit durch bessere Ausbildung und mehr Nachhaltigkeit durch klimafreundlicheres Wirtschaften. Besonders in diesen Bereichen sollte es durch eine proaktive Außenpolitik seine Partner in die Pflicht nehmen und seine eigenen Stärken in der Entwicklungs-, Umwelt-, sowie Außenwirtschaftspolitik ausbauen und ausspielen.

- 1| Siehe: http://urbansdg.org/wp-content/uploads/2014/03/German_Key_Points_Post_2015_Agenda_1.pdf (zuletzt aufgerufen am 3.4.2014).
- 2| Der Bertelsmann Transformationsindex bemerkt dazu: „Was geschehen kann, wenn solche Anstrengungen ausbleiben, zeigt die arabische Welt: Ägypten unter Mubarak oder Tunesien unter Ben Ali konnten zwar beeindruckende Wachstumsraten vorlegen und führten durchaus erfolgreich Wirtschaftsreformen durch. Gleichzeitig aber vernachlässigten sie den sozialen Bereich. Die Verarmung und Perspektivlosigkeit gerade ländlicher und jugendlicher Bevölkerungsgruppen wurde billigend in Kauf genommen“, siehe BTI 2012, „Wirtschaftliche Trends“, http://www.bti-project.de/uploads/tx_jpdownloads/Wirtschaftliche_Trends_BTI_2012.pdf, zuletzt aufgerufen am 30.10.2013).
- 3| Zur Bilanz der Millenniums-Entwicklungsziele siehe Vereinte Nationen, Millenniums-Entwicklungsziele Bericht 2013 (http://www.un.org/Depts/german/millennium/MDG%20Report%202013_german.pdf, zuletzt aufgerufen am 20.10.2013)
- 4| Siehe The Economist, „Not always with us“, 1.6.2013 (<http://www.economist.com/news/briefing/21578643-world-has-astonishing-chance-to-take-billion-people-out-extreme-poverty-2030-not>, zuletzt aufgerufen am 23.10.2013).
- 5| Ein Beispiel für erfolgreiche Armutsbekämpfung aber steigende Ungleichheit ist China. Auf der einen Seite ist das Land für drei Viertel der weltweiten Armutsreduzierung verantwortlich, indem es zwischen 1981 und 2010 680 Millionen Menschen aus der absoluten Armut geholt hat und die Rate in dieser Zeit von 84% auf 10% senkte. Auf der anderen Seite steigen die Ungleichheit und damit die Gefahr von sozialen Konflikten. Auch wenn alle Entwicklungsländer ohne China in den Jahren 2000 bis 2010 um 3,8% gewachsen sind (im Vergleich zu nur 0,6% zwischen 1980 und 2000) und dadurch außerhalb Chinas seit 2000 rund 280 Millionen Menschen der absoluten Armut entkamen, sind ähnliche Erfolge für die kommenden Jahre eher nicht zu erwarten. Viele Menschen haben gerade unter der Grenze von 1,25 Dollar am Tag gelebt und kamen so leicht „über die Schwelle“, siehe The Economist *ibid*.
- 6| Siehe The World Bank, „World Development Indicators in Education“ 2013 (<http://wdi.worldbank.org/table/2.11>, zuletzt aufgerufen am 24.10.2013).
- 7| Siehe hierzu Steffen Angenendt, Silvia Popp, „Jugendüberhang – Entwicklungspolitische Risiken, Chancen und Handlungsmöglichkeiten“, SWP-Studien 2013/S 12, Juni 2013.
- 8| Weitere Vorschläge kamen u.a. vom „Sustainable Development Solutions Network“, von „Global Compact“ und vom United Nations Development Programme.
- 9| Siehe Antrag der CDU/CSU und FDP Fraktion „Duale Ausbildung exportieren – Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union bekämpfen, kooperative Berufsbildung weltweit steigern“ (<http://www.cducsu.de/GetMedium.aspx?mid=3123>, zuletzt aufgerufen am 22.10.2013).
- 10| Zur Wahrnehmung der deutschen Energiewende in Schwellenländern siehe „Wahrnehmung der deutschen Energiewende in Schwellenländern – Ergebnisse einer qualitativen Expertenbefragung in Brasilien, China und Südafrika“, Konrad-Adenauer-Stiftung 2013 (http://www.kas.de/wf/doc/kas_34940-544-1-30.pdf?130905092753, zuletzt aufgerufen am 22.10.2013).



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.

Jetzt QR-Code scannen
und Betrag eingeben.